

Serie: Die linksbraune Gefahr in Deutschland



Sie nennen sich „grün“ oder „links“, sie geben sich „tolerant“ und rufen gebetsmühlenartig zum „Kampf gegen Rechts“ auf – in Wirklichkeit aber sind sie tief braun und denken und handeln nach totalitären, oft faschistischen Mustern: Sie sind der „rote Schatten des braunen Diktators“. Die Meinungs-, Versammlungs- und Redefreiheit bekämpfen sie mit Gewalt und kleistern die Lücken zwischen ihrer Ideologie und der Wirklichkeit mit Lügen zu. Mannheim bietet dieser Spezies ein unrühmliches Pflaster, das wir in einer kleinen Serie unter die Lupe nehmen. Heute: Mathias Kohler, SPD-Kreisvorsitzender, und sein Furor gegen das DF-Satireblatt „Mannheimer Übermorgen“.

Die teutonische Humorlosigkeit wohnt links: Die Partei „Die Freiheit“ verteilt in Mannheim ein Blatt, das in satirischer Weise ein islamisiertes Mannheim im Jahre 2032 auf die Schippe nimmt – und die linksextremistischen Platzhirsche rasten bierernst aus. Mathias Kohler, SPD, Mannheimer Ex-Jugendamtsmitarbeiter und bekannt für seine Diffamierungen von Mitbürgern, verbreitet flugs per E-Mail eine Hasspredigt der Antifa. Das Satireblatt würde „gezielt gegen Menschen muslimischen Glaubens und die Lokalzeitung Mannheimer Morgen“ hetzen.

Im totalitären Stil geht es in dem von Kohler verbreiteten Pamphlet weiter: Akribisch werden Zahlen, Daten, Beteiligte,

Verantwortliche, Verbindungen abgespult, als gelte es, eine Stasi-Akte zu füllen. In pseudo-intellektuellem stalinistischem Jargon wird ein missglückter Versuch unternommen, Religionskritik als Rassismus zurechtzubiegen! Weinerlich wird Kohler allerdings, wenn es um die eigene Klientel geht. Wortreich beklagt er, dass die linksextremistischen Schreiberlinge des „Mannheimer Morgen“ als Lohnschreiber „beschimpft“ würden oder dass „Personen aus Mannheim und Ludwigshafen“ auf Nürnberg 2.0 zu finden seien.

Betrachten wir an diesem Ausbruch Kohlers exemplarisch die totalitär-braunen Vorgehensweisen (nicht nur) der Mannheimer Linksextremisten:

a) In einer Art von fehlgeleitetem Ersatzrassenwahn verfolgen sie Islamkritiker. Ganz ähnlich dem nationalsozialistischen Judenhass ist ihr Hass vollständig irrational, denn es gibt keine rationalen Argumente gegen Bürger, die für die Gleichbehandlung der Geschlechter, für Religionsfreiheit und das Existenzrecht von Schwulen im Islam eintreten.

b) Mangels Argumenten attackieren sie die Islamkritiker in ihrem persönlichen Umfeld. Statt sich an demokratische Grundregeln zu halten, greifen sie zu Methoden aus dem Arsenal der Faschisten: denunzieren, diffamieren, eliminieren. Namen und Adressen der Freiheits-Vorstände werden genannt, ausdrücklich fordert Kohler dazu auf, die „Organisationen und Funktionäre an die Öffentlichkeit zu zerren“, was einem Aufruf zu physischer Gewaltanwendung gleichkommt. Himmler und Mielke geben sich hier die Hand, protegiert vom Mannheimer Kreisverband der SPD.

c) Recht und Gesetz brechen die Linksextremisten ungeniert, sobald jemand ihrer Ideologie im Weg steht. Es herrscht Lynchjustiz: Wer es wagt, eine demokratische Partei zu gründen oder von seinem Recht auf Versammlungsfreiheit Gebrauch zu machen, dem hetzt Kohler seine SA(ntifa)-Schergen auf den Hals, um im Schatten der Anonymität Gewalt gegen diese Bürger

auszuüben.

Die ganze Absurdität dieser „Politik“ zeigt sich darin, dass die gleichen Linksextremisten sich auf das Recht auf „Religionskritik“ berufen, wenn es ihnen darum geht, den Katholikentag in Mannheim zu attackieren. Bei Mitbürgern bekämpfen sie das gleiche Recht mit Infamie und Gewalt. Offenbar wahllos sucht sich ihr ideologisch verbrämter Hass seine Ziele.

Ausgerechnet in Mannheim, wo 1848 zum ersten Mal in der Geschichte unseres Landes die Versammlungs-, Rede- und Meinungsfreiheit gefordert wurde, gehen die Linken heute erneut mit Diffamierungen, Verleumdungen und Gewalt gegen diese Freiheiten vor. Schon Hitler verstand sich in dieser Hinsicht in erster Linie als „links“. Nicht ohne Grund wird die Szenerie vom Verfassungsschutz beobachtet, die Staatsanwaltschaft ermittelt in mehreren Fällen.

Erstaunlich genug, dass ausgerechnet die SPD in Mannheim sich daranmacht, Bürgerrechte substanziell zu beschädigen – verstand sie sich doch früher als Anwalt des kleinen Mannes. Und der will nun mal keinen Islam und fühlt sich gerade in Mannheim überfremdet.

Und wie reagieren die SPD-Wähler in Mannheim? Sie haben sich längst von ihrer „Partei“ abgewendet. An der letzten Gemeinderatswahl haben 37,9 % der Wahlberechtigten teilgenommen. 28,7 % der Wähler haben die SPD gewählt – nur etwa 10 % der Wahlberechtigten also. Ein kleines Häufchen von Extremisten versucht sich hier im Terror gegen eine Mehrheit – auch dies analog den totalitären Systemen des vergangenen Jahrhunderts.

In Anlehnung an Ignacio Silone gilt in Mannheim:

„Der Faschismus ist wiedergekehrt. Er sagt aber nicht, ‚Ich bin der Faschismus‘, er sagt ‚Ich bin der Antifaschismus‘“.